

Wie geht der Schweiz der Strom nicht aus?

Als Nationalrat hat er den Atomausstieg eingeleitet, nun ist er der oberste kantonale Energiedirektor: Der Walliser Staatsrat Roberto Schmidt erklärt, weshalb es das neue Stromgesetz braucht und wo die Schweiz gerade den Anschluss an Europa verpasst.

Ein Interview von [Priscilla Imboden](#), 15.05.2024

Roberto Schmidt, finden Sie Windräder schön?

Ich finde Windräder nicht unbedingt das Schönste, was ich in einer Landschaft bewundern würde.

Braucht es sie?

Ja. Sie sind ein Mittel zum Zweck, damit wir unsere Stromversorgungssicherheit stärken können und weniger abhängig vom Ausland werden. Ich bin aber auch der Meinung, dass man diese Windräder in vielleicht 20 oder 30 grossen Windparks in der Schweiz konzentrieren müsste. Man sollte nicht auf jedem Berg ein Windrad statt ein Gipfelkreuz aufstellen. Darum verlangt das neue Stromgesetz richtigerweise, dass die Kantone geeignete Gebiete für Anlagen von nationalem Interesse ausscheiden.

Es gibt immer wieder erbitterten Widerstand gegen Windräder. Können Sie das nachvollziehen?

Ja, die Akzeptanz für Windanlagen in der Bevölkerung ist sehr gering. Im Bereich der Wasserkraft ist sie viel grösser, weil man dort mehr Erfahrung hat. Vor 100 Jahren hat man die grossen Kraftwerke gebaut, was damals auch ein Eingriff in die Landschaft war.

Der Eingriff war viel grösser: Ganze Täler wurden geflutet.

So ist es. Und heute sind Staudämme wie die Grande Dixence im Wallis touristische Attraktionen. Man hat sich daran gewöhnt, man hat auch den Nutzen dieser Anlagen erkannt. Die Skepsis der Bevölkerung gegenüber Windkraftanlagen und auch gegenüber alpinen Solaranlagen gibt es nicht zuletzt, weil sie neu sind.

Am 9. Juni stimmen wir über das Stromgesetz ab. Es soll den Bau von Windrädern sowie von Solar- und Wasserkraftanlagen in geeigneten Gebieten erleichtern, indem die Interessen der Stromproduktion denjenigen des Umweltschutzes gleichgestellt werden. Was bringt das?

Damit erhalten die Kantone den Auftrag, in der Raumplanung geeignete Gebiete für erneuerbare Energie auszuscheiden. So können wir festlegen, wo wir Eingriffe in die Landschaft verbieten und wo wir sie erlauben.

In welchen Gebieten werden auf keinen Fall neue Anlagen gebaut?

Wir bauen keine Anlagen in Biotopen von nationaler Bedeutung, aber auch in Wasser- und Zugvogelreservaten sind sie grundsätzlich ausgeschlossen. Ich finde es richtig, dass wir diese Gebiete unberührt lassen.

Der Ausbau der Wasserkraft ist ein zentraler Teil dieses Gesetzes. Es sieht den Bau von 16 Wasserkraftprojekten vor, auf die sich Betreiber und Umweltschutzverbände geeinigt haben, 8 davon sind im Wallis. Wie wichtig sind sie?

Sie sind sehr wichtig. Schweizweit will man bei der Wasserkraft einen Zubau von 2 Terawatt Winterstrom erzielen. Die 8 Walliser Projekte würden allein 1,2 Terawatt Winterstrom liefern. Die Wasserkraft ist heute schon das Rückgrat der schweizerischen Stromversorgung. Das wird in Zukunft so bleiben, auch wenn wir die erneuerbare Energie aus anderen Quellen massiv ausbauen.

Die Wasserkraft kann als Batterie wirken, wenn es zu viel Sonnen- oder Windenergie hat.

Genau. Wir können mehr Speicherkapazitäten schaffen, indem wir die Staumauern erhöhen oder neue Staudämme bauen. Im Sommer kann man mit der überschüssigen Sonnenenergie Wasser wieder in die Stauseen hinaufpumpen und damit die Turbinen dann antreiben, wenn wir Strom brauchen, vor allem im Winterhalbjahr. Wasserkraft und Sonnenenergie ergänzen sich also bestens und sind sozusagen ein Dream-Team.

Das neue Stromgesetz soll mehr alpine Solaranlagen ermöglichen. Sogar Solarfreunde weisen aber darauf hin, dass es billiger ist, Fotovoltaik auf Gebäuden im Siedlungsraum zu errichten, als auf frei stehenden Anlagen in den Bergen. Täuschen sie sich?

Sie täuschen sich nicht. Die Kosten für alpine Solaranlagen sind sehr hoch. Darum ist ganz klar: Das grösste Ausbaupotenzial besteht auf den bestehenden Gebäuden und Infrastrukturen. Man kann aber nicht auf allen Bauten Solarzellen installieren. Manche Gebäude und Infrastrukturen sind nicht geeignet oder geschützt. Zudem gibt es auch dort immer wieder Einsparungen. Deshalb werden PV-Anlagen auf bestehenden Infrastrukturen kurz- und mittelfristig nicht genügen, um den nötigen Winterstrom zu generieren. Es bräuchte rund 20 bis 30 Quadratmeter Solarzellen pro Einwohner. Eine ergänzende Möglichkeit sind alpine Solaranlagen, die im Winter drei- bis viermal effizienter sind, vor allem weil es in den Alpen weniger Nebel hat, der Schnee die Sonne besser reflektiert und die Temperaturen sehr tief sind.

Gegner des Stromgesetzes – die Fondation Franz Weber sowie die SVP – sagen, dass zu viele Landschaften verbaut werden.

Das stimmt nicht. Wir schützen die Landschaft, indem wir nicht überall Eingriffe erlauben, sondern nur konzentriert an einigen Orten. Das war beim Solarexpress, den das Parlament 2022 beschlossen hat, eben gerade nicht möglich. Dort galt das Prinzip: Wer zuerst baut, wird unterstützt. Da haben die Naturschutzverbände zu Recht kritisiert, dass man nicht die besten Anlagen erlaubt, sondern die schnellsten.

Zur Person

Robert Schmidt ist in Siders geboren, er ist heimatberechtigt in Leuk, hier war er von 2005 bis 2017 Gemeindepräsident. Von 2007 bis 2017 war er für die Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis im Nationalrat, seit 2017 ist er Walliser Staatsrat. Er steht dem Departement für Finanzen und Energie vor.

Der Solarexpress sah Subventionen von bis zu 60 Prozent der Investitionskosten für grössere Anlagen vor, die bis 2025 ans Netz angeschlossen sind. Dieser Schnellschuss wird durch ein ausgewogeneres Gesetz abgelöst.

Genau. Wir planen zuerst, bevor wir einfach drauflosbauen. Das ist das Prinzip. Aber auch hier muss man natürlich ehrlich sein: Ohne Eingriffe in die Landschaft baut man keine Solaranlagen, keine Windanlagen und keine Wasserkraftwerke.

Die Gegnerinnen kritisieren auch, dass das Stromgesetz antidemokratisch sei. Die Mitspracherechte würden ausgebremst. Was antworten Sie ihnen?

Die Einspracherechte von Verbänden und Privaten bleiben bestehen. Das finde ich auch sehr wichtig. Es sind die Grundsätze zur Bewilligung, die sich ändern: Nutzungsinteressen werden bei Anlagen von nationalem Interesse grundsätzlich vor Schutzinteressen gestellt. Einzig bei den 16 Wasserkraftprojekten, die im Stromgesetz aufgelistet sind, entfällt die Nutzungsplanung. Aber die Bevölkerung kann später immer noch gegen die Konzession und gegen die Baubewilligung Einsprache erheben. Und wenn eine Gemeindeversammlung dagegenstimmt, wird die Anlage nicht gebaut.

Das Wallis ist der grösste Wasserkraftkanton der Schweiz. Er könnte auch der grösste Solarkanton sein, weil er punkto Sonneneinstrahlung optimale Bedingungen bietet. Vor einem Jahr aber sagte die Walliser Bevölkerung Nein zum Solardekret, das den Bau alpiner Solaranlagen erleichtern wollte. Sie haben damals gesagt: «Wir steigen aus dem Solarexpress aus und in den Bummler ein.» Kam es so?

Ja, der Solarexpress hat an Tempo eingebüsst. Ich wollte die Verfahren bis zum Jahr 2025 beschleunigen, weil nur jene Projekte die Bundessubventionen erhalten, die bis dann zumindest teilweise ans Netz angeschlossen sind. Jetzt glaube ich nicht, dass das Wallis kurzfristig zum grössten Solarstromkanton wird. Ich wäre schon nur froh, wenn man im Wallis das Potenzial auf bestehenden Gebäuden und Infrastrukturen viel besser nutzen würde. Dort hinken wir den meisten anderen Kantonen hinterher.

Welche Lehren ziehen Sie aus dem Nein der Bevölkerung zum Solardekret?

Eine Lehre, die für die ganze Schweiz gilt, ist: Es war nicht gut, dass plötzlich Goldgräberstimmung herrschte und es überall hiess: «Oh, wir könnten auch auf unserer Alp neben der Scheune oder dem Stall schnell einige Solaranlagen bauen. Das trägt dann der Alpengenossenschaft jedes Jahr viel Geld ein.»

Es kamen auch gigantische Projekte zur Sprache, die seither verkleinert wurden, etwa in Gondo oder Grengiols. Hat das geschadet?

Davon bin ich überzeugt. Nehmen wir beispielsweise das Projekt von Grengiols, eigentlich ein gutes Projekt. Man hat da aber Bilder präsentiert, auf

denen der ganze Alpenrücken zugeflastert war. Damit wollte man das theoretische Potenzial des Projekts aufzeigen, hat aber vor allem Ängste geschürt. Hätte man sich auf kleinere, realistische Projekte fokussiert, wäre die Akzeptanz heute in der Bevölkerung sicher grösser.

Die besagten Bundessubventionen, die bis zu 60 Prozent der Investitionskosten decken, fliessen nur, wenn die Anlagen bis 2025 zumindest zum Teil ans Netz angeschlossen sind. Ist das realistisch?

Schweizweit wohl nur in wenigen Fällen. Wenn es Beschwerden bis ans Bundesgericht gibt, dann ist das kaum realistisch. Es wäre eigentlich schade um diese Projekte. Bundesrat Albert Rösti hat zumindest in den Medien ein Türchen geöffnet und gesagt, man müsse sich überlegen, ob man für laufende Projekte auch nach 2025 Subventionen ausschütten wolle. Ich fände das sinnvoll.

Es gibt Bestrebungen der SVP und der FDP, neue Atomkraftwerke zu ermöglichen. Sie gelten als Vater des Atomausstiegs, weil sie vor 13 Jahren als Nationalrat eine entsprechende Motion im Parlament eingereicht haben. Was halten Sie von den Atom-Revival-Plänen?

Das ist eine reine Scheindebatte, weil man kurz- und mittelfristig in der Schweiz keine Atomkraftwerke bauen wird. Die Akzeptanz in der Bevölkerung fehlt nach wie vor. Eine neue Umfrage zeigt, dass nicht einmal 30 Prozent bereit wären, neue Atomkraftwerke zuzulassen. Zudem sind die Probleme mit dem nuklearen Abfall und der Sicherheit nicht gelöst, da müssen wir ehrlich sein. Schliesslich sagen mir selbst die grossen Stromkonzerne, Kernkraftwerke seien nicht rentabel. Ich bin überzeugt, dass der Entscheid richtig war, auf die erneuerbaren Energien zu setzen.

Sollen die bestehenden AKW länger am Netz bleiben als geplant?

Ja, solange sie sicher betrieben werden können. Sollte sich zudem eines Tages herausstellen, dass die Kerntechnologie sich wesentlich verbessert hat, dann kann man auch über diese Technologie wieder diskutieren. Aber ich hoffe, dass wir sie dann gar nicht mehr brauchen.

Gebirgskantone wie das Wallis sind vom Klimawandel besonders betroffen. Sie schätzen, dass er Ihren Kanton bereits heute 250 Millionen Franken pro Jahr kostet.

Das sind Schätzungen über Ausgaben, die wir direkt oder indirekt auf den Klimawandel zurückführen können. Dazu zählen die Kosten von Überschwemmungen, Hangrutschen oder Verbauungen, um die Strassen zu schützen. Zudem haben wir in der Landwirtschaft sehr viele Schäden, die auf die Klimaveränderung zurückzuführen sind, die Frostschäden in den Reben oder in Obstkulturen etwa. Das kostet alles viel Geld – und diese Kosten werden zunehmen.

SVP-Präsident Marcel Dettling sagt, der Klimawandel sei gut für die Bauern. Er habe lieber warm als kalt, gerade weil er im Berggebiet lebt. Was sagen Sie dazu?

Das ist sein rein persönliches Empfinden. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Wenn wir im Wallis in vielleicht 40 oder 50 Jahren im Sommer 45 Grad haben, dann lade ich den Präsidenten der SVP gerne ein, den Sommer hier zu verbringen.

Sie wollen mit einem neuen kantonalen Klimagesetz im Wallis bis 2040 klimaneutral werden, also noch vor dem Bund, der das gleiche Ziel bis 2050 erreichen will. Wie soll das geschehen?

Mit ganz vielen Anreizen und freiwilligen Massnahmen. Die Industrie wird ihren Verbrauch bei der fossilen Energie reduzieren, da sind wir auf sehr gutem Weg. Bei den Gebäuden wollen wir sanieren und weg von den fossi-

len Heizungen, da sind wir ebenfalls auf sehr gutem Weg. Der Privatverkehr wird elektrifiziert, ohne dass wir neue Anreize schaffen müssen. Wichtig ist mir aber insbesondere, dass wir der Bevölkerung helfen, sich an den Klimawandel anzupassen.

Was ist da geplant?

Sehr viel, ich gebe nur einige Beispiele. Wir haben immer mehr Schutzwälder, die wegen der zunehmenden Hitze absterben. Also müssen wir die Nadelbäume durch Laubbäume ersetzen, weil diese viel hitzeresistenter sind. Solche Projekte zur Anpassung an die Klimaerwärmung hat man in Portugal, Griechenland und in Italien bereits umgesetzt. Nur so haben wir in den kommenden Jahrzehnten noch funktionierende Schutzwälder. Zudem müssen wir die Wasserversorgung künftig gemeindeübergreifend planen und sicherstellen, Strassen besser gegen Hangrutsche sichern und in der Landwirtschaft Massnahmen gegen Frostschäden und Trockenheit ergreifen. Das sind unglaubliche Herausforderungen, die wir jetzt und nicht erst in 20 oder 30 Jahren angehen müssen.

Die Schweiz liegt mitten in Europa. Welche Rolle spielt die EU bei der Schweizer Energiepolitik?

Europa spielt eine enorm grosse Rolle. Die Schweiz ist ja heute bereits eine Stromdrehscheibe mitten in Europa. Wir haben 41 Transitleitungen zu unseren Nachbarländern. Es wird immer schwieriger, die Netzstabilität sicherzustellen, da die Schweiz von allen Gremien ausgeschlossen ist, die die Stromflüsse regulieren. Wir brauchen einen geregelten Austausch mit Europa. Deshalb befürworten wir in der Energiedirektorenkonferenz das geplante Stromabkommen mit der EU. Aber nicht um jeden Preis.

Die Energiedirektoren haben Vorbehalte.

So ist es, wir haben rote Linien. Wenn etwa die Wasserrechtskonzessionen nach EU-Recht vollständig öffentlich ausgeschrieben werden müssten, dann können gerade die Gebirgskantone das nicht akzeptieren. Wir wollen nicht, dass ausländische Firmen unsere Werke betreiben.

Für den Ausstieg aus der fossilen Energie soll auch Wasserstoff oder mit grüner Energie hergestelltes Gas eine Rolle spielen, weil die Industrie nicht hundertprozentig mit Strom betrieben werden kann. Die EU hat eine Wasserstoffstrategie. Wie wichtig ist das für die Dekarbonisierung in der Schweiz?

Die Wasserstoffstrategie der EU ist sehr wichtig. Was ich aber noch sehr viel wichtiger fände, wäre, dass wir endlich eine Wasserstoffstrategie des Bundes hätten. Die Energiedirektorenkonferenz hat wiederholt vom Bund verlangt, eine entsprechende Strategie zu erarbeiten. Wir wissen, dass die EU derzeit eine Leitung von Afrika nach Deutschland plant, um solarproduzierten Wasserstoff nach Europa zu führen. Diese Leitung wird die Schweiz umfahren, obwohl es angeblich billiger wäre, sie durch die Schweiz zu bauen.

Verpasst die Schweiz den Anschluss?

So sieht es aus. Der Bundesrat hat noch keine klare Strategie. Er hat jetzt eine in Aussicht gestellt. Aber wenn ich sehe, wie rasch es in der EU vorwärtsgeht, finde ich: Wir sind spät dran.